

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 8

Köln, den 19. Februar 1932

33. Jahrg.

## Don russischer Wirtschaftspolitik.

Propaganda und Agitation bleiben für den Bolschewismus und damit die Kommunistische Partei Deutschlands Alpha und Omega. Das zeigt sich auch wieder in der parteipolitischen Ausnutzung der Weltwirtschaftskrise. Während sich fast alle Länder in den Krämpfen dieser bisher unerhörten Krise befinden und mit Mühe und Not nach Mitteln und Wegen suchen, um aus derselben wieder herauszukommen, macht, wenn man den Versicherungen der „Roten Fahne“ glauben darf, ein Land eine Ausnahme, nämlich Rußland. Ja, das Land der Stalinesen hat den Ausweg aus dieser Krise bereits gefunden. „Der zweite Fünfjahresplan sagt allen denen, die im Joche der kapitalistischen Diktatur unter der Geißel der Krise zu leiden haben: Hier seht ihr die neue Welt, ohne Krise, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung — hier, wo die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei die Macht in den Händen hat und sie im Interesse der arbeitenden Massen ausübt. Hier seht ihr das große Beispiel des sozialistischen Auswegs aus kapitalistischer Anarchie und Ausbeutung!“ — So versichert das Blatt in einem Artikel, in welchem es die „Direktiven zur Aufstellung des zweiten Fünfjahrplans der Volkswirtschaft der Union Sozialistischer Sowjet-Republiken (1933—37)“ mitteilt, der in seinen Grundlagen vom russischen Zentralkomitee bereits angenommen ist.

Der zweite Fünfjahresplan ist ziemlich überraschend schnell gekommen. Nachdem der erste Plan in der Hauptsache dem Aufbau und dem Ausbau der Schwerindustrie gewidmet war und die hier gesteckten Ziele nur teilweise oder gar nicht erreicht wurden, steht im zweiten im Vordergrund die Maschinenindustrie, die bis zum Jahre 1937 gegenüber 1932 um drei- bis dreieinhalbmal vergrößert werden soll. Bis zum Jahre 1937 soll ferner die Elektroenergie der Sowjetunion nicht weniger als 100 Milliarden Kilowattstunden betragen gegenüber 17 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1932, also verfünffacht werden. Die Kohlenförderung soll sich zum Ende des zweiten Fünfjahresplans auf 250 Millionen Tonnen gegenüber 90 Millionen Tonnen im Jahre 1932 belaufen. Die Werkzeugproduktion soll um das Zweieinhalb- bis Dreifache wachsen. Ebenfalls sollen die Weißmetall- und die Chemie-Industrie einen gewaltigen Ausbau erfahren. Ganz besondere Aufmerksamkeit soll, wie ebenfalls schon angedeutet wurde, dem Ausbau des Verkehrs wesens gewidmet werden, das sich für eine Entwicklung der Produktionskräfte in Rußland bisher als besonders hinderlich erwiesen hat. Nicht weniger als 25 000 bis 30 000 Kilometer neue Eisenbahnlinien werden beabsichtigt. Daneben sollen besonders berücksichtigt werden der Brücken- und Straßenbau sowie der Luftverkehr. Endlich ist geplant, die landwirtschaftlichen Erträge auf dem Wege der Mechanisierung der Landwirtschaft ganz bedeutend zu steigern, um so vor allem auch die Volksernährung einen gehörigen Ruck emporzuheben.

Denn mit der Landwirtschaft als Grundlage für eine hinreichende Ernährung der Bevölkerung scheint es noch sehr zu hapern. Man hat den russischen Arbeitern und Bauern versprochen, daß am Ende des ersten Fünfjahresplans die Zwangsrationierung von Waren, also der Bezug von Lebensmitteln, Textilien u. a., auf Karten aufhören solle. Die Zeit des ersten Fünfjahresplans ist nunmehr vorbei. Die russische Bevölkerung hat zur Durchführung des Planes gewaltige Opfer gebracht. Der Plan ist sozusagen erhungert worden. Und nun sollen Mangel und Warenrationierung weiter bestehen-

bleiben. Die Hoffnungen, denen man sich in Moskau vielfach hingegenen hatte, daß die Lebensmittel-Rationierung am Ende des ersten Fünfjahresplans aufhören werde, mußten vorerst noch enttäuscht werden. „Die größte Entwicklung des Warenumlaufs“, heißt es in den Richtlinien, „sei die Voraussetzung für eine gebesserte Versorgung der Arbeiter mit Industriewaren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Erst dann könne das Normierungssystem abgeändert und ein System der zentralisierten Verteilung geschaffen werden.“ — Gewaltige Mängel, die sich beim ersten Fünfjahresplan zeigten, waren die mindere Qualität der Erzeugung sowie die hohen Selbstkosten, die teilweise ganz erheblich über den Weltmarktpreisen liegen. Wird der zweite Fünfjahresplan diese überaus schwerwiegenden Mängel zu beheben wissen? Auch der brutale Zwang nicht bloß zu Entbehrungen, sondern auch zur Arbeit unter weitgehender Beschneidung der persönlichen Freiheit und Freizügigkeit werden bleiben. Das wird auch offen zugestanden. So heißt es in der „Roten Fahne“: „Diese Thesen stellen ein gigantisches Programm der Arbeit der Millionen Werktätigen der Sowjetunion dar. Ein solches Programm kann nur unter der Diktatur des Proletariats, die die Massen der Arbeiter und Kollektivbauern zu den höchsten Leistungen menschlicher Schöpfer- und Tatkraft anfeuert, verwirklicht werden.“

So steckt das bolschewistische Rußland in einer Zwangslage. Nachdem es mit der Industrialisierung des Landes und dem Einbau gewaltiger Kapitalien begonnen, kann es nicht mehr haltmachen. Wird der wirtschaftliche Aufbau gestoppt, dann wird das Ziel, Rußland vom Ausland unabhängig zu machen, den Lebensstand der Bevölkerung zu heben, sie mit den notwendigen Bedürfnissen zu versehen, vernichtet, das heißt: das bolschewistische Wirtschaftssystem ist erledigt. Kann Rußland also etwas anderes wollen, als einen neuen Fünfjahresplan? Die Lebensfähigkeit des russischen Volkes wird damit auf eine neue harte Probe gestellt. Wird dieses an Knechtschaft, Unterdrückung und Ausbeutung gewöhnte Volk auch sie bestehen? — Der erste Fünfjahresplan sollte in erster Linie auch propagandistischen Zwecken, der Werbung für die bolschewistische Idee, dienen. Das Volk wurde in eine Art Kriegspolizei verlegt. Der Fünfjahresplan sei ein Kriegszustand der Sowjet-Union. Deshalb: Arbeitet und hungert. Ihr schützt dadurch das proletarische Vaterland. Man sprach von der „Front des Fünfjahresplans“ und nannte die, welche die Akkordarbeit nicht mitmachen, Drückeberger. Man sprach von der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes gegen die kapitalistischen Mächte, die nicht im Schützengraben, sondern an der Werkbank und auf dem Traktor getan werden müsse. Der Feind — die kapitalistischen Länder — sind schon im Begriff, zu unterliegen. Haltet diese Offensive des Fünfjahresplans noch durch, opfert Freiheit, opfert Feierabend, hungert noch eine kurze Zeit — dann ist der Sieg errungen. Mit diesen stärksten Mitteln einer wahren Kriegspropaganda wurde die letzte Kraft aus den Seelen herausgeholt. Wird solche Stimmungsweckung auch für den zweiten Plan vorhalten?

Was die Thesen über den Fünfjahresplan als „Ausweg aus kapitalistischer Anarchie“ und Wirtschaftskrise erzählen, ist bewußte Täuschung. Kurzerhand werden der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern Aufbau und Entwicklung der Industrie in der

Sowjet-Union gegenübergestellt, und unter Nichtberücksichtigung der bekannten politischen und wirtschaftlichen Krisenursachen — hier liegt der Trugschluß — wird die Weltwirtschaftskrise einfach als zwangsläufige Folgeerscheinung des Kapitalismus erklärt. Laut wird in den Thesen dann ausgerufen: „Das alles gibt der Sowjet-Union noch mehr Anziehungskraft für die Arbeiter aller Länder, so daß die revolutionäre Bedeutung der Sowjet-Union für die ganze Welt wächst.“ — In Wirklichkeit wird aber von der Weltwirtschaftskrise auch der zweite Fünfjahresplan auf das empfindlichste berührt. Da die russische Einfuhr nur mit Exporten bezahlt werden kann, die russische Ausfuhr aber durch die Einfuhrbeschränkungen in fast allen Ländern als Folge der Weltkrise stark eingeschränkt ist, so geht die wirtschaftliche Zielsetzung des zweiten Fünfjahresplanes auf eine völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjet-Union aus, die selbstverständlich nur auf dem Umweg über eine langsam abgeschürzte Einfuhr erfolgen kann. Die Weltwirtschaftskrise zwingt also Rußland zu einer starken Autarkie, zu einer Abschließung vom Weltmarkt. Und aus dieser Not- und Zwangslage, die eine schnelle und wirkungsvolle Durchführung des zweiten Planes nur beeinträchtigen kann, machen dann die Sowjetgewaltigen eine Tugend, indem die Thesen kühn behaupten: „Durch den zweiten Fünfjahresplan wird die Sowjet-Union den ersten Platz in technischer Hinsicht in Europa einnehmen und dadurch die endgültige wirtschaftliche Unabhängigkeit erringen.“ Diese Unabhängigkeit hat aber heute mit der Sowjetidee als solcher wenig zu tun, sondern ist eine Folge unserer ganzen weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Industrialisierung Rußlands, die Erringung wirtschaftlicher Selbstständigkeit, sind nicht die einzigen und letzten Ziele des Fünfjahresplanes. Sie sind nur die eine Hälfte des bolschewistischen Systems. Dieses System gibt zwar vor, nur die kapitalistische Wirtschaft treffen und stürzen zu wollen. Aber weil es in echt marxistischer Überlieferung nur die wirtschaftlichen Kräfte und Interessen als die allein wirklichen ansieht, denen Religion und Recht, Staat und Familie zu dienen haben, deshalb begnügt es sich mit der eigentlichen Wirtschaft nicht. Es zieht in seinen brutalen Zwang alle Lebensbereiche ein, den Kampf gegen die Religion, gegen Gottesglauben und Kirche, vor allem gegen die Familie. Der Russe Sabjowitsch hat darüber in einer Schrift: „Die Sowjetunion in fünfzehn Jahren“, in der er die Grundlinien eines Generalplanes für die nächsten fünfzehn Jahre zeichnet, ganz besonders bemerkenswerte offene Geständnisse gemacht. Gerade in der Vernichtung der Familie und des Familienlebens sehen wir Verstöße gegen die menschliche Urnatur, an denen der Bolschewismus in seiner heutigen Gestalt auf die Dauer zerschellen muß. E. v. B.

## Für die Verstaatlichung des Bergbaues.

Nachdem bereits am 10. Januar in Essen eine große Vertrauensmännerkundgebung des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands stattgefunden hatte, hatte der Gewerkschaftsbund am 7. Februar zu einer zweiten Kundgebung seine Vertrauensleute für das Ruhrgebiet eingeladen. Mehr als 2500 Vertrauensleute waren versammelt. Die Presse war außerordentlich stark vertreten.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Imbusch, zeigte in einem einundeinhalbstündigen Vortrage Wege und Ziele zum Neuaufbau in Staat und Wirtschaft. Einleitend setzte sich der Redner mit gehässigen Angriffen der Arbeitgeberblätter aneinander. Die Rede Imbusch war aber viel mehr als nur eine Abrechnung mit übelwollenden Gegnern, sie wurde zu einer wohlangebrachten Begründung der Forderung, den Bergbau in den Besitz der Volksgemeinschaft überzuleiten. Imbusch begründete eingehend die Notwendigkeit dieser Forderung und wies darauf hin, daß die Bodenschätze der Gesamtheit gehören. Die Bergbauunternehmer hätten die Pflicht, die Bodenschätze im Interesse der Gesamtheit auszubenten. Das sei aber in den letzten Jahren nicht mehr der Fall gewesen. Durch die überstürzte Technisierung und Rationalisierung hätten die Unternehmer das Interesse der Volksgemeinschaft in schlimmster Weise geschädigt. An ein-

zelnen Beispielen wies der Redner die Mißwirtschaft in der Schwerindustrie, besonders im Bergbau, nach und begründete die Überführung des Bergbaues in den Besitz der Allgemeinheit mit durchschlagenden Argumenten. Redner wandte sich gegen Vorwürfe und Unterstellungen und erklärte, die christliche Arbeiterschaft und er habe sich stets orientiert am christlichen Eigentumsbegriff, nach welchem der Mensch nur der Verwalter des irdischen Gutes sei, und daß Eigentum verpflichte. Im übrigen fragte er, wer sich denn dagegen wendet, daß sich Eisenbahn und Post im Besitz der Allgemeinheit befänden. Die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues stehe durchaus im Einklang mit der Reichsverfassung.

Zum Schlusse wies der Kollege Imbusch darauf hin, daß in diesem großen Kampf alle zusammenstehen müßten um Deutschlands Zukunft und Weltgestaltung. Die Unternehmer der Schwerindustrie seien eine Gefahr für die Volksgemeinschaft. Sie seien ein Staat im Staate und nehmen keine Rücksicht auf die Allgemeinheit. Dieser Pfahl im Fleische des deutschen Volkes müsse herausgezogen werden.

Die Rede löste stürmischen Beifall aus. Die Massenkundgebung der Bergarbeiter erhielt noch eine starke nationale Note durch das Schlußwort des Geschäftsführers Kollegen Rothhäuser. Er betonte, daß wir eine nationale Bewegung seien und mit aller Macht unserer Bewegung dem Vaterlande dienen wollten. Wir hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland aus dem Elend wieder hochkomme, und daß die wichtigen außenpolitischen Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führten. Wir wissen, daß eine gesunde Arbeiterschaft nur in einem gesunden Vaterlande möglich wäre. Ein Vorbild echter Pflichterfüllung für uns als wahre, echte Deutsche sei der so hochverehrte Reichspräsident von Hindenburg. An ihm könne sich jeder Deutsche ein Beispiel nehmen, wie man seinem Vaterlande die Treue hält und dem Vaterlande gegenüber seine Pflicht erfüllt. Er schloß mit einem dreifachen Glückauf auf das schwer ringende deutsche Vaterland, die Gesamtbewegung und den Gewerkschaftsbund. Begeistert stimmt die Versammlung in den Ruf ein, und mit dem allgemeinen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Massenkundgebung, die einen wirkungsvollen Eindruck hinterließ.

Eine Entschließung, der auch wir nur zustimmen können, fordert erneut und mit allem Nachdruck:

„Beseitigung der Tributlasten,  
Beschleunigte Durchführung der Reichs- und Verwaltungsreform,  
Verhinderung der Wiederaufrichtung eines Klassenstaates,  
Eine gerechte Lastenverteilung im Innern,  
Beseitigung der Härten und Ungerechtigkeiten in der Vierten  
Notverordnung,  
Weitere und schnellere Senkung der Lebenshaltungskosten und  
der öffentlichen Tarife,  
Eine neutrale und paritätische Instanz zur Prüfung der Rentabilität und Selbstkosten im Bergbau,  
Erhaltung der Reichsknappschaff mit ausreichenden Leistungen.  
Mit ganz besonderem Nachdruck fordern wir von der Reichsregierung die Überführung des Bergbaues in den Besitz der Volksgemeinschaft.“

## Übersicht über die deutsche Arbeitslosigkeit.

Im ersten Hefte des Reichsarbeitsblattes hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Untersuchungen über die deutsche Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 veröffentlicht. Zwar erstrecken sich die tatsächlichen Feststellungen nur bis zum 30. November 1931, doch ist, um den Jahresdurchschnitt errechnen zu können, der Dezember 1930 zur Abrundung der Berechnungen hinzugenommen worden.

Die letzte Gesamtziffer der Arbeitslosen am Jahreschlusse lag, wie berichtet, bei 5,666 Millionen. Bis zum Höchststand im Februar wird die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen. Die letzte tatsächliche Ziffer der Erwerbslosigkeit, welche Dr. Syrup in seine Untersuchungen einbezog, liegt dagegen noch bei 5,059 Millionen. Danach ergibt sich für die Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 30. November 1931 der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit mit 4,409 378 Personen. Dies besagt, daß die Vorschätzung der Brauns-Kommission vom Juni, die für das gesamte Rechnungsjahr (also bis zum 1. April 1932)

ungünstigstenfalls mit einem Durchschnitt von 4,5 Millionen operieren zu können glaubte, infolge der nicht voraussehbaren Wirtschaftsentwicklung bereits Ende November annähernd erreicht war. Ein Vergleich mit den Durchschnitten früherer Rechnungsjahre zeigt folgende Linie der Entwicklung:

1927 . . . . .	1,255 Millionen
1928 . . . . .	1,658 "
1929 . . . . .	2,019 "
1930 . . . . .	3,483 "

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist mithin in den letzten beiden Jahren nach Maßgabe der Durchschnittsziffern um rund 2,4 Millionen gewachsen.

Rechnet man zu der Ziffer der Arbeitslosen noch die Familienmitglieder der Verheirateten hinzu, so ergibt sich, daß im Durchschnitt der genannten zwölf Monate zirka 9 Millionen Deutscher unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, oder etwa ein Siebentel der gesamten Bevölkerung. (Für den 30. November 1931 sind es sogar bereits 10 Millionen.) — Die Kurzarbeit hat nach Dr. Sprup etwa ein Drittel der gewerblichen Arbeiter erfaßt.

Bemerkenswert sind das Ausmaß der Schwankungen und die Stärke der Fluktuation, die sich auf dem Arbeitsmarkt bei alledem doch ergeben haben. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten Monatsdurchschnitt betrug etwa 1 Million. Die Zahl der Arbeitsgesuche stellte sich auf 12,9, die Zahl der Abgänge unter den Arbeitslosen auf 11,5 Millionen. Dr. Sprup spricht hier davon, daß die Wirtschaft in der Krise offenbar dazu neige, den Umfang der Belegschaft stoßweise dem Auftragsbestand anzupassen.

Endlich gibt die im „Reichsarbeitsblatt“ laufend geführte Statistik auch Kunde von dem weiteren Absinken der Konjunktur. Die Überlagerung am 15. Dezember 1931 gegenüber dem Vorjahr betrug nämlich in den Saisonaußenberufen 521 000 oder 30,9 v. H., bei den übrigen Berufen dagegen 872 000 oder 37,0 v. H. (Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist exakt nur für den 31. — statt 15. — Dezember 1930 möglich: Damals betrug die Überlagerung in den Saisonaußenberufen 397 000, bei den übrigen Berufsgruppen 1 146 000 Erwerbslose.) Das Absinken der Konjunktur hat also am Arbeitsmarkt im ganzen so gewirkt, daß es die Verschlechterung von 1930 im Jahre 1931 ungefähr wiederholte und damit annähernd verdoppelte. Das Ausmaß, in welchem der Krisendruck wirkte, erreichte allerdings bei den sogen. Konjunkturgruppen nicht mehr die Größe des Vorjahres. Dafür hat sich aber der Einfluß der Konjunkturverschlechterung auf die Saisonberufe merklich verstärkt.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden im Durchschnitt 84,9 Prozent aus öffentlichen Mitteln unterstützt, 15,1 Prozent dagegen erhielten keinerlei derartige Unterstützung. Bis zum 30. November 1931 war freilich der Anteil der Nichtunterstützten auf 17,1 Prozent gestiegen. — Die Verteilung nach der Art der Unterstützung war im Durchschnitt folgende:

Arbeitslosenversicherung . . . . .	1,752 Mill. = 47 v. H.
Krisenfürsorge . . . . .	0,975 „ = 26 v. H.
Wohlfahrtspflege . . . . .	1,018 „ = 27 v. H.

Dr. Sprup erwähnt nur kurz, daß dieser Durchschnitt kein richtiges Bild der heutigen Situation mehr gebe, daß sich der Anteil der drei verschiedenen Zweige inzwischen fast gleichgestellt habe, nämlich auf je etwa ein Drittel. Hier liegt aber die entscheidende organisatorische Wandlung des letzten Jahres.

Es betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger oder die der Betreuten in Tausenden:

Ende des Monats	In der Arbeitslosenversicherung	In der Krisenfürsorge	In der Wohlfahrtsfürsorge	Gesamtzahl der Arbeitslosen
August 1930	1706 = 52,3 v. H.	400 = 15,3 v. H.	452 = 15,7 v. H.	2882
November 1930	1787 = 48,3 v. H.	566 = 15,3 v. H.	692 = 18,8 v. H.	3003
Januar 1931	2554 = 52,3 v. H.	51 = 16,6 v. H.	846 = 17,3 v. H.	4883
November 1931	1365 = 27,0 v. H.	1406 = 27,8 v. H.	1421 = 28,1 v. H.	5059

Vergleicht man etwa die Monate Januar und November 1931, so ergibt sich, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen zwar um 173 000 gestiegen, gleichzeitig aber die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung selbst Betreuten um den enormen Betrag von fast 1,2 Millionen zurückgegangen war. Dies ist in Wahrheit der Inhalt der „Abhängung“ der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat: Eine Sanierung auf Kosten der Gemeinden, welche die Wohlfahrtsfürsorge mit ihren mächtig angeschwollenen Beständen an Erwerbslosen ganz, die Krisenfürsorge mit einem Fünftel der Lasten auf ihre Schultern zu nehmen haben.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Für die Zeit vom 14. bis 20. Februar 1932 ist der 8. Wochenbeitrag fällig.

Erstaunlich ungleich ist die räumliche Verteilung der Arbeitslosen in Deutschland.

Recht deutlich ist hier, daß die Gebiete mit landwirtschaftlicher Produktion im Verhältnis von Arbeitslosen und Einwohnerzahl günstiger dastehen als die industriellen Gebietsteile. Eine Ausnahme davon macht nur Württemberg, das infolge einer günstigeren Wirtschaftslage unter allen Teilen Deutschlands am besten abschneidet.

Die meisten Arbeitslosenfamilien hat mit 249,7 auf 1000 Einwohner der Stadtstaat Bremen, obwohl von den Erwerbstätigen dieses Staates immerhin noch 3,2 v. H. in der Land- und Forstwirtschaft und 79,1 v. H. in Industrie und Handel tätig sind. Nach Bremen folgt sofort die Reichshauptstadt. In Berlin entfallen auf 1000 Einwohner 215,2 Arbeitslosenfamilien. Hier finden 81 v. H. der Erwerbstätigen ihre Beschäftigung in Handel und Industrie.

Diesen beiden großen Städten folgt nun ein ganzes Land, nämlich Sachsen. Der Freistaat Sachsen hat auf 1000 seiner Einwohner 213,2 Arbeitslosenfamilien. Seine Bevölkerung ist zu 12,4 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und zu 77,9 v. H. in Industrie und Handel beschäftigt. An der vierten Stelle steht eine Provinz.

Die Provinz Westfalen zählt zwar schon 19,8 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und noch 69,0 v. H. in Industrie und Handel. Aber trotz der etwas günstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung muß sie auf 1000 Einwohner immer noch 206,5 Arbeitslosenfamilien durchschleppen.

Schon wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse in der Rheinprovinz. Hier entfallen auf 1000 Einwohner 184,9 Arbeitslosenfamilien. Dabei sind 68,6 v. H. der erwerbstätigen Bevölkerung in Industrie und Handel und 19,3 v. H. in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Je mehr die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft im Verhältnis zu den Erwerbstätigen in der Industrie und dem Handel zunimmt, um so günstiger stellt sich das Verhältnis der Arbeitslosigkeit.

Die Provinz Sachsen ist z. B. schon viel ausgeglichener als der Freistaat. In der Provinz finden 32,9 v. H. der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ihre Arbeit und 56,6 v. H. in Industrie und Handel. Darum hat die Provinz auch nur 165,6 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner.

Im Freistaat Bayern, wo der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft mit 43,8 v. H. und in Industrie und Handel mit 46,3 v. H. ziemlich ausgeglichen ist, werden 122,2 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner des Freistaates gezählt.

Die günstigsten Verhältnisse sind in den kleinen Freistaaten Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin und am allgünstigsten in dem viel größeren, aber innerlich sehr ausgeglichenen Württemberg. Württemberg hat nur 78,7 Arbeitslosenfamilien auf 1000 Einwohner bei 41,7 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und 49,6 v. H. in Industrie und Handel.

Die Tatsache, daß in zwei Bezirken das Beitragsaufkommen noch kleinere Überschüsse ergibt, hat in einem Landesteil Bestrebungen hervorgerufen, die auf eine finanzielle Verselbständigung hinauslaufen.

Beiträge, die von den dreizehn Landesarbeitsämtern erhoben werden müßten, wenn man jeden einzelnen Bezirk für sich finanziell verselbständigen wollte, würden eine groteske Höhe erreichen. Die Landesarbeitsämter Brandenburg und Süddeutschland (zu dem auch Württemberg gehört) wären die beiden einzigen Gebiete, welche dann die Beiträge um die relativ unbedeutende Differenz von  $\frac{1}{2}$  Prozent auf 6 v. H. senken könnten. Alle anderen Landesarbeitsämter aber müßten die Beiträge steigern; die landwirtschaftlichen Gebiete, die finanziell am ungünstigsten dastehen (vor allem Ostpreußen, Schlesien, Pommern), sogar auf den enorm anmutenden Satz von  $9\frac{1}{4}$  bis  $9\frac{1}{2}$  Prozent. Im Interesse einer einheitlichen Behandlung und einheitlicher Durchführung der Arbeitslosenversicherung müssen derartige Pläne aufgegeben werden. Die Gesamtkosten für die drei Arten der Arbeitslosenhilfe betragen, wie wir bereits berichtet haben, 2973 Millionen. Es ist jedoch mit einer wesentlichen Verschiebung der Beteiligung von

Reichsanstalt, Reich und Gemeinden zu rechnen auf Grund der bereits oben geschilderten organisatorischen Wandlungen, die einen immer größer werdenden Teil der Arbeitslosen dem Heer der Krisenunterstützten zuweist, und von diesen in der Folge den Wohlfahrtsempfängern, also in der Hauptsache den Gemeinden zur Last fallen läßt.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Aus dem Bezirk Schwaben.

Bedauernswert sind die Menschen, die nur schwarz in schwarz sehen und den Miesmachern willig Gehör schenken. Letztere haben Hochkonjunktur. Es sind Drahtzieher am Werke, welche das politische Durcheinander und die innere Zerrissenheit des Volkes benutzen wollen, um aus dem deutschen Vaterlande einen vollständigen Irrgarten zu machen.

Wenn wir demgegenüber die nun im ganzen Bezirk Schwaben-Neuburg abgehaltenen Generalversammlungen unseres Verbandes betrachten, dann muß festgestellt werden, daß unsere Holzarbeiter trotz allem sich Einsicht und gesunden Menschenverstand bewahrt haben. Sowohl der Besuch wie auch der Geist der Versammlungen war geradezu erhabend; damit ist der beste Beweis erbracht dafür, daß bei uns in Schwaben noch längst nicht alles verrückt geworden ist. Bei unseren Mitgliedern herrscht Überzeugungstreue und der felsenfeste Glaube an die Notwendigkeit des Verbandes heute erst recht. Sie sind in den Herzen der Mitglieder lebendiger als je, trotz Not und Elend, die als Folge der Arbeitslosigkeit bei mehr als zwei Drittel der Mitglieder in unserem Bezirk anzutreffen sind.

An schweren Belastungsproben hat es im abgelaufenen Jahre nicht gefehlt. Kurzarbeit, Bürgersteuer, Kampf um Löhne und Tarife, Entlassungen, Kürzung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, Streit um Schlichtungswesen, Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichtsbarkeit, Invalidenversicherung usw. sind nur Stichproben aus diesem gewaltigen Ringen, das wirklich starke Nerven des Gewerkschaftlers erforderte. Dazu kam der grundsätzliche Kampf gegen die Gewerkschaften überhaupt, der teilweise mit den schmutzigsten Mitteln geführt wurde. Trotzdem konnte dieser Generalangriff abgeschlagen werden. Es hat sich wieder einmal bewiesen, daß das Fundament der Stärke der christlichen Gewerkschaften in der Weltanschauung, in dem interkonfessionellen Charakter und der parteipolitischen Neutralität unserer Bewegung zu suchen ist. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft schließt die Kampffront enger gegen alle Feinde der Lebensrechte der deutschen Arbeitnehmerschaft. Daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, dessen Tempo und Ausmaß in der Geschichte nicht zu finden ist, nicht alles gehalten werden konnte, was in einer besseren Zeit geschaffen wurde, leuchtet jedem vernünftig denkenden Menschen ein. Eine andere Frage aber ist, ob eine so schwere Prüfung über das deutsche Volk hat kommen müssen, insbesondere ob es wirklich notwendig war, der deutschen Arbeitnehmerschaft Lasten aufzuladen, die sie zu erdrücken drohen. Es muß deshalb bei allen maßgebenden Stellen gefordert werden, daß der Arbeiterschaft mehr Gerechtigkeit widerfährt, die Preisgestaltung viel schärfer und schneller den gesunkenen Löhnen angepaßt wird, usw.

Einigkeit herrscht bei der organisierten Arbeiterschaft darüber, daß zwar nicht alles verhindert werden konnte, sehr viel Schlimmeres aber durch den zähen Kampf der Gewerkschaften verhütet wurde. Bei der Aussprache in den Generalversammlungen wurde auch von den Kollegen mit Recht daran erinnert, daß schon vor Jahrzehnten mit einem staunenswerten Idealismus für unsere Bewegung gearbeitet wurde, mit dem Einsatz größter Opfer. Unsere Vorkämpfer, die teilweise heute noch in unseren Reihen stehen, haben Schritt um Schritt Erfolge erkämpfen müssen.

Diese Liebe zur Sache ist auch heute noch heimisch bei unseren Mitgliedern, das Bewußtsein, einer großen Sache zu dienen, war auch der Grund, daß in allen Zahlstellen sämtliche Vorstandsmitglieder sich wieder zur Verfügung stellten und einstimmig wiedergewählt wurden. Die Jugend stimmte das Sturmlied an, oder aber es erschallte, soweit es überhaupt notwendig war, zur Mitarbeit im Verbands aufzufordern, der Jugendtreueschwur im Liede: „Wir schwören nun mit Herz und Hand, wir christlich-deutsche Jugend.“

Zusammenhalt, verbunden mit gewissenhafter Pflichterfüllung, nicht nur in guten Zeiten, sondern erst recht auch heute, gibt uns die Gewißheit, daß wir auch in Zukunft mit Erfolg durch und für unseren Verband arbeiten können; einerlei, was uns auch sonst die Zeit noch bringen mag.

In Augsburg, bei der Generalversammlung, sagte ein in der

Jugend tätiger Kollege im Zusammenhang der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung: „Niemand kann die christlichen Gewerkschaften kaputt machen, wenn wir uns einig sind.“ Frisch-frohes Leben pulsiert wie überall so auch in Augsburg.

Allen Mitarbeitern, den Vorstandsmitgliedern und den unermüdlischen Vertrauensleuten Dank und Anerkennung für die selbstlose Hingabe und Opferwilligkeit in dem nun hinter uns liegenden Jahr 1931. Herzlichen Dank aber auch allen Mitgliedern für die Treue gegenüber dem Verbands in einer so sturmbewegten Zeit. Gleiche Treue auch fernerhin! Josef Kronthaler, Augsburg.

Bingen — Gaulsheim. Gelegenheit, über die Arbeit des verflossenen Jahres zu berichten, bot die Generalversammlung. Von großem Interesse war der Bericht des Vorsitzenden Klein, der in trefflicher Weise all die Geschehnisse und Arbeiten des vergangenen Geschäftsjahres wiedergab. Die Zahlstellenverwaltung hat in unermüdllichem Fleiß zugunsten der Arbeiterschaft zu wirken versucht, und in vielen Fällen konnte ein Erfolg gebucht werden. Trotz der schlechten Wirtschaftslage ist der Mitgliederbestand ein guter zu nennen. Das ist wohl auf das vortreffliche Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Mitglieder zurückzuführen. Der Bericht ergab ein geschlossenes Bild der geleisteten Arbeit, die trotz aller Schwere der Zeit Erfreuliches gezeitigt hat.

Den anschließenden Kassenbericht erstattete der Kollege Kausch. Daraus hervorzuheben wäre neben einem guten Kassenbestand, daß im vergangenen Jahre an die arbeitslosen Mitglieder der Zahlstelle Unterstützungen, die insgesamt eine ansehnliche Summe ergaben, ausgezahlt wurden. Die Kassenrevisoren erteilten dem Rechner ob seiner mustergültigen Führung der Kasse Entlastung. In der anschließenden Aussprache über beide Punkte drückte sich bei allen Mitgliedern Befriedigung über die geleistete Arbeit aus. Der Vorsitzende dankte allen seinen Mitarbeitern für ihre dem Verband geleistete Arbeit, die stets nur im Interesse der Zahlstelle geschehen sei. Dem Vorsitzenden dankte der Kollege Schier, und allen Mitarbeitern der Gauleiter, Kollege Heck.

Der Wahlleiter, Kollege Grathwohl, hatte mühevolle Arbeit, da sein Vorschlag, den Vorstand in seiner Gesamtheit wiederzuwählen, einstimmig angenommen wurde.

Der Aussprache des Gauleiters Heck über „Wirtschaftslage — Verband — Notverordnung“ entnehmen wir folgendes:

Die Lage droht sich in Deutschland immer noch weiter zuzuspitzen. Erzeugung und Absatz sind nach den jüngsten Feststellungen anhaltend weiter abwärts gerichtet. Der Ausschluß immer größerer Menschenmassen von jeglicher Arbeit beschleunigt sich. Die Weltwirtschaftskrise hat von allen Ländern der Welt Deutschland am meisten getroffen. Die Weltwirtschaftskrise ist nur zu meistern, wenn Deutschland als Herd dieser Krise zur Gesundung kommt. Voraussetzung dazu ist die Beseitigung der ungerechten und untragbaren Tributlasten, gute Regelung der internationalen Verschuldung, Abkehr von überspanntem Imperialismus und von der Unterbindung des notwendigen Warenaustausches.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erhebt erneut die Forderung auf beschleunigte Durchführung einer großzügigen Reichs- und Verwaltungsreform, insbesondere auch zur weitgehenden Senkung der überspannten Steuerlasten, der Beseitigung des Doppelverdienertums und Abbau der hohen Pensionen. Weiter fordert er, daß die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft auch durchgeführt werden. Die steuerlichen Härten sowie auch die weiteren Verschlechterungen der Sozialversicherung müssen baldigst wieder beseitigt werden.

Mehr als je ist in dieser schweren Zeit die gewerkschaftliche Selbsthilfe dringendstes Gebot der Stunde. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat ihre Aufgaben und ihre Verpflichtungen gegenüber Staat und Nation stets klar erkannt und erfüllt. Sie fühlt deshalb in dieser Notzeit die besondere Verpflichtung, mit aller Energie und Hingabe für Gerechtigkeit und für die berechtigten Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu kämpfen.

Der Kollege Klein dankte dem Referenten für seine wirklich guten Ausführungen. Eine rege Aussprache schloß sich an.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verkauf befinden sich Köln, Senioer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.  
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldentwungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.